



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

12. Jahrgang, Nummer 05 / 2015

Liebe Leserinnen und Leser,

der BBU wünscht seinen Mitgliedern und all seinen Freundinnen und Freunden eine angenehme Sommer- und Urlaubszeit – in der aber auch nicht ganz vergessen werden sollte, dass „die Gegenseite“ nicht schläft.

Das vorläufige Scheitern der Verhandlungen der Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD über die Einführung des geplanten Pro-Fracking-Rechts ist ein großer Erfolg der Anti-Fracking-Bewegung. Zu diesem Erfolg hat auch der BBU beigetragen. Der BBU fordert jetzt die Regierungskoalition auf, das Gesetzespaket endgültig fallen zu lassen. Stattdessen muss Fracking bundesweit ausnahmslos verboten werden. Der BBU wird sich weiterhin für dieses wichtige Ziel einsetzen. Bitte unterstützt uns dabei aktiv und finanziell.

Sommerliche Grüße von der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Bitte unterstützt mit Spenden die Aktivitäten des BBU!

Fracking, Atomtransporte, Chemieunfälle ... Zur erforderlichen Finanzierung unserer Arbeit bitten wir um solidarische Spenden. Jeder Euro hilft! Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66. SWIFT-BIC: COLSDE33. Der BBU ist ergänzend zu den Mitgliedsbeiträgen auf weitere Spenden angewiesen. Spenden an den BBU sind steuerlich absetzbar.

2. Themenbereiche

Artenschutz

BBU für Baumschutz in der Stadt Elsfleth

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat sich mit einer Stellungnahme an die Bürgermeisterin der Stadt Elsfleth zum Elsflether Bebauungsplan Nr. 54 („Nahversorgung Innenstadt der Stadt Elsfleth“) zu Wort gemeldet. In der Stellungnahme an Frau von Kammer hat der BBU grundlegende und ökologische Bedenken vorgetragen. Dabei geht es dem BBU besonders um den Schutz vorhandener Bäume.

In der Stellungnahme des BBU heißt es im Detail u. a.:

1. Betroffen vom Bebauungsplan ist ein ökologisch wertvoller und Stadtbild prägender Baumbestand. Es ist nicht nachvollziehbar, warum auf eine Umweltprüfung nach §§ 2 Abs. 4, 13, 13a Abs. 3 BauGB verzichtet wird.
2. Es kann unterstellt werden, dass der Baumbestand der Nahrung und der Brut von Vogel- und Fledermausarten dient; weitere Tierarten (Insekten, Eichhörnchen usw.) sind anzunehmen. Entsprechende Untersuchungen (u. a. zur Brutzeit 2016) sind vorzunehmen und zu dokumentieren.
3. Der Baumbestand dient der innerörtlichen Sauerstoffproduktion und dem Wohlbefinden der Nachbarschaft. Gerade innerörtlich ist das noch vorhandene Grün (hier: der Baumbestand) hochrangig einzuschätzen.
4. Hilfsweise weisen wir nachdrücklich darauf hin, dass der Baumbestand bekanntlich nicht in der Frühjahrs-/Sommerperiode gefällt werden darf – und wenn überhaupt, dann erst nach erfolgter Artenuntersuchung, s. o.
5. Ebenfalls Hilfsweise weisen wir darauf hin, dass im Falle von Fällungen umfassende und nachhaltige Ausgleichsmaßnahmen im Nahbereich durchzuführen sind. Diese wären umfassend im Bebauungsplan aufzuführen -mit zeitnaher Fristsetzung der Realisierung.“

BBU-Pressemitteilung vom 23.06.2015



Atomenergie

Bundesregierung bei Zentrifugentechnologie ohne eigene Expertise

-Urananreicherung in Gronau geheimer als im Iran?

Die Bundesregierung verfügt nach eigenen Angaben über keine ausreichende Kenntnis der äußerst brisanten Zentrifugentechnologie zur Urananreicherung, sodass sie für die Atomverhandlungen mit dem Iran zwei

Experten der Urenco-Tochter ETC aus Jülich hinzugezogen hat. Zugleich erklärt sie die Anzahl der Zentrifugen in der Urananreicherungsanlage Gronau zum Geheimnis, während sie andererseits die Anzahl der Zentrifugen im Iran öffentlich auf insgesamt 19 000 beziffert. Dies geht aus einer aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken hervor.

„Die Antwort ist sehr erstaunlich. Die Bundesregierung behauptet, dass weder sie selbst noch die internationale Atomenergiebehörde IAEA oder Euratom über ausreichende Sachkenntnis im Bereich der Zentrifugentechnologie verfüge. Dabei untersteht die Urananreicherungsanlage Gronau der Kontrolle von IAEA und Euratom. Wie kann aber eine effektive Kontrolle in Gronau stattfinden, wenn die Kontrolleure die Technik nicht wirklich verstehen? Wird am Ende der Iran stärker und besser kontrolliert als Urenco? Die Antwort der Bundesregierung wirft mehr Fragen als Antworten auf,“ so Willi Hesters vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland kritisieren zudem, dass sich die Bundesregierung bei konkreten Angaben zur Urananreicherung in Gronau so zugeknöpft hält: „Wenn für den Iran die Anzahl der Zentrifugen problemlos veröffentlicht werden kann, müssen dieselben Angaben auch für die deutsche Urananreicherungsanlage in Gronau veröffentlicht werden. Oder wird die Urananreicherung in Gronau als geheimer eingestuft als die im Iran? Das Ausweichen der Bundesregierung ist nicht gerechtfertigt,“ ergänzte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Der BBU und die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland befürchten, dass es durch den derzeit geplanten Verkauf des Urananreicherers Urenco zu einer letztlich unkontrollierten Weiterverbreitung der Zentrifugentechnologie kommt. Diese Technologie gilt als der einfachste Weg zur Atombombe. Urenco betreibt im westfälischen Gronau, in Almelo (NL) sowie in Großbritannien und den USA Urananreicherungsanlagen und beliefert so gut 30 % des Weltmarktes mit angereichertem Uran.

Hinweis für die Redaktionen: Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linken finden Sie unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/050/1805036.pdf>.

Pressemitteilung des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und des BBU vom 10.06.2015

Urenco-Chef Engelbrecht ignoriert Atomausstieg: - „Urananreicherung in Gronau so lange wie möglich“ - Einstieg ins Atomgeschäft mit Ukraine?

Auf scharfe Kritik des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland stößt ein aktuelles Interview des Urenco-Chefs Helmut Engelbrecht in der WirtschaftsWoche. Dort erklärt Engelbrecht unter anderem, dass er die Urananreicherungsanlage in Gronau weiter unbefristet betreiben möchte, „so lange sie uns zur Verfügung steht“. Und er betont, die Bundesregierung habe nicht beschlossen aus der Atomenergie allgemein auszusteigen, sondern nur aus der Stromerzeugung durch Atomenergie. Der Urananreicherer Urenco reichert allerdings Uran an, das später in Brennelementen in Atomkraftwerken weltweit just zur Stromerzeugung zum Einsatz kommt.

Auch was die Kontrollmöglichkeiten der Bundesregierung über die Urenco angeht, ist Engelbrecht sehr offenherzig. Die beteiligten Regierungen hätten „normalerweise keinen Einfluss auf unsere geschäftliche Strategie.“ Bedenken wegen einer möglichen Weiterverbreitung der militärisch äußerst brisanten Zentrifugentechnologie beim derzeit laufenden Verkaufsprozess oder die berechtigte Sorge, dass in Gronau durch die zeitlich unbefristete Lagerung von Uranmüll faktisch ein oberirdisches Endlager entstehen kann, hält Engelbrecht allein für „politisch motiviert“.

„Auch vier Jahre nach Fukushima setzen die Urananreicherungsmanager von Urenco noch immer ungebrochen auf Atomenergie und lassen jegliche sachliche Kritik an sich abprallen. Anstatt den begonnenen Atomausstieg in Deutschland zu akzeptieren, will Engelbrecht in Gronau unbegrenzt weiter Uran für die nukleare Stromerzeugung auf dem Weltmarkt anreichern – gegen den mehrheitlichen gesellschaftlichen Willen im Land. Das ist äußerst arrogant, zeigt aber, dass der Atomausstieg in Deutschland noch lange nicht besiegelt ist,“ so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Die AtomkraftgegnerInnen sind zudem alarmiert, dass Engelbrecht demnächst ausgerechnet in das Krisengebiet der Ukraine expandieren möchte, um die dortigen Atomkraftwerke nach dem Abzug der russischen Lieferanten mit angereichertem Uran zu beliefern. „Nun will Urenco auch noch im Land von Tschernobyl Geschäfte machen, ungeachtet der realen Kriegsgefahren vor Ort. Wir fordern von der Bundesregierung ein klares Veto gegen diese Expansionspläne und erinnern daran, dass Urenco schon den Fukushima-Betreiber Tepco beliefert hat. Es ist heuchlerisch, zuhause den „Atomausstieg“ zu verkünden und woanders die maroden Risiko-AKW mit Uranbrennstoff zu beliefern,“ so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Der BBU und die Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland fordern die sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau, damit der Atomausstieg in Deutschland vollständig umgesetzt wird. Außerdem lehnen sie einen Verkauf von Urenco aufgrund der großen Gefahr einer nuklearen Weiterverbreitung strikt ab.

Der Link zum Engelbrecht-Interview in der WirtschaftsWoche:

<http://www.wiwo.de/unternehmen/energie/urencos-chef-engelbrecht-politisch-motivierte-bedenken/11885306.html>

Gemeinsame Pressemitteilung vom 11.06.2015 (BBU, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster)

Grenzüberschreitende Demonstration gegen belgische Atomkraftwerke

Etwa 400 bis 500 Personen haben am Sonntag (14. Juni) im Dreiländereck von Belgien, der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland gegen die belgischen Atomkraftwerke demonstriert. Der Demonstrationzug führte durch alle drei Länder. „Die Demonstration war ein deutliches Zeichen gegen die weitere Nutzung der Atomenergie“, so Marika Jungblut vom Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).**Ich war selbst vor

Ort und war entsetzt bei dem Bericht über die angeschriebenen Kommunen der Städtereion Aachen, des Kreises Düren und Heinsberg, sowie auch diejenigen aus dem nahen Grenzbereich. Hier scheint sich nirgendwo ernsthaft jemand mit dem möglicherweise eintretenden Fall eines Gaus auseinander gesetzt zu haben. Wie soll eine Evakuierung oder die Versorgung mit Jodtabletten in der Praxis von Statten gehen? Immer wieder wurde nur auf die übergeordneten zuständigen Behörden der Kreise und der Bezirksregierung verwiesen. Den Vogel schoss jedoch die Stadt Aachen mit ihrer Antwort ab, mit dem Verweis, Aachen läge in der Fernzone von ca. 60-70 km und eine direkte Gefährdung sei somit unwahrscheinlich." Als Vorstandsmitglied des BBU und als Bewohnerin des Dreiländerecks bedankt sich Marika Jungblut bei allen Beteiligten, die mitgemacht haben, bei den vielen Menschen, die zur Demonstration gekommen sind und natürlich bei den Organisatoren.

Im zentralen Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration, die von mehreren Organisationen unterstützt wurde, hieß es: „Der drohende Neustart der beiden belgischen Rissereaktoren in Tihange und Doel schlägt hohe Wellen. Die belgische Atomaufsicht hat ihre Entscheidung um 5 Monate hinausgeschoben und neue Untersuchungen gefordert. Der Aachener Stadtrat verabschiedete in großer parteiübergreifender Einmütigkeit eine Resolution zur endgültigen Stilllegung. Gerade jetzt muss der Druck der Öffentlichkeit anhalten, um die einmalige Chance Wirklichkeit werden zu lassen, zwei marode Reaktoren auf Dauer abzuschalten.“

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sieht in der Demonstration ein eindeutiges Signal an die belgische Regierung. Der bundesweit und grenzüberschreitend aktive Verband fordert die endgültige Stilllegung der belgischen Atomkraftwerke In Tihange und Doel. „Von einer Atomkatastrophe in einem der belgischen Atomkraftwerke wäre auch die Bevölkerung in NRW und in anderen Bundesländern betroffen. Internationaler Protest ist wichtig“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Grundsätzlich fordert der BBU die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Atomanlagen, und zwar weltweit.

Der BBU ruft zur Unterzeichnung einer aktuellen Petition gegen die belgischen Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 auf. Man findet sie im Internet unter <https://www.stop-tihange.org/de>

Direktlink:

<https://www.change.org/p/an-die-belgische-atomaufsichtsbeh%C3%B6rde-widersprechen-sie-dem-antrag-auf-neustart-der-rissereaktoren-tihange-2-und-doel-3>

BBU-Pressemitteilung vom 15.06.2015

BBU begrüßt die endgültige Stilllegung des AKW Grafenrheinfeld

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt die endgültige Stilllegung des AKW Grafenrheinfeld, die an diesem Wochenende erfolgen soll. Von der

Bundesregierung und den zuständigen Landesregierungen fordert der BBU zudem auch die sofortige Stilllegung der noch in Betrieb verbleibenden Atomkraftwerke. Der Verband befürchtet weitere Störfälle in den immer älter werdenden Atomkraftwerken und warnt vor der unlösbaren Atommüllproblematik. "Da darf kein weiterer Atommüll produziert werden", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Mit Blick auf die Stilllegung des AKW Grafenrheinfeld gilt der Dank des BBU allen Bürgerinitiativen und Privatpersonen, die jahrelang engagierten Widerstand gegen das AKW geleistet haben. Den langen Protest-Atem wünscht der BBU jetzt weiterhin den Anti-Atomkraft-Initiativen und sonstigen Organisationen, die sich für die Stilllegung der letzten AKW einsetzen.

Zusätzlich zur sofortigen Stilllegung der noch in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke fordert der BBU auch die sofortige Stilllegung der sonstigen Atomanlagen. Der BBU kritisiert massiv, dass in den Uranfabriken in Gronau und Lingen ohne jegliche Laufzeitbegrenzung Uran für den Einsatz in internationalen Atomkraftwerken vorbereitet wird.

Der BBU weist darauf hin, dass das Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft alle atomkritischen Menschen für den 27. Juni 2015 herzlich zum Stilllegungs-Picknick, am AKW Grafenrheinfeld einlädt. Beginn: 20.30 Uhr. Ort: Wegkreuz links neben dem AKW - Gelände (vorbei am Besucherparkplatz, links am Zaun entlang). Weitere Informationen unter <http://www.anti-atom-buendnis-schweinfurt.de>.

BBU-Pressemitteilung vom 26.06.2015

30. Jahrestag der Inbetriebnahme der Urananreicherungsanlage Gronau (15. August 2015)

Fast genau 30 Jahre ist die UAA Gronau in Betrieb. Wie der Betreiberkonzern Urenco diesen „Geburtstag“ feiern wird, ist noch nicht genau bekannt. Auf jeden Fall wird die örtliche und regionale Anti-Atomkraft-Bewegung den Tag für Anti-Atom-Proteste nutzen. Mehr dazu im nächsten BBU-Newsletter.

Aufruf zu Aktionstagen gegen Urantransport - Tag X ab dem 12. September

Der sogenannte Atomausstieg ist beschlossen - Atompolitik kein Thema mehr? Täglich fahren Atomtransporte quer durch die Welt um die Atomindustrie mit neuem Brennstoff zu versorgen. Uran wird abgebaut, umgewandelt, angereichert, in Brennelemente gepresst, zu Atomkraftwerken transportiert. Diese Transporte sind zugleich die Achillesferse der Atomindustrie - ohne Atomtransporte könnten Atomkraftwerke nicht laufen. Weil wir immer noch einen weltweiten, sofortigen Atomausstieg wollen, rufen wir also zu Streckenaktionen beim ersten bekannten Urantransport nach dem 12. September (Ankunft eines Schiffes mit Uranerzkonzentrat in Hamburg) auf!

Uranerzkonzentrat

Konkret geht es bei unserem jetzigen Protestaufruf um Transporte von Uranerzkonzentrat, auch bekannt als Yellow Cake. Diese Transporte werden regelmäßig im Hamburger Hafen verladen und fahren dann per Zug weiter quer durch Deutschland und Frankreich nach Narbonne, inklusive radioaktiver Strahlung und entsprechender Gefährdung.

Das Uranerzkonzentrat kommt auf Schiffen aus Namibia über den Atlantik oder aus Usbekistan, Kasachstan oder Russland über den Nord-Ostsee-Kanal nach Hamburg.

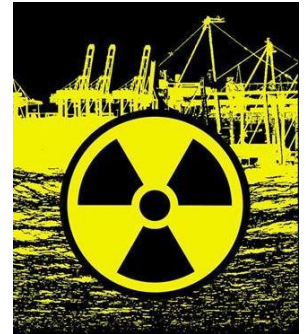
Zerstörungen durch Uranabbau

Das Uranerzkonzentrat ist der Stoff, der beim Auswaschen von uranhaltigem Gestein in den Abbaugebieten produziert wird. Der Abbau von Uran geht einher mit großen Umweltzerstörungen, meist verbunden mit Menschenrechtsverletzungen. Die gigantischen Mengen an radioaktivem Abraum, die beim Tagebau entstehen, lagern in Namibia beispielsweise unter freiem Himmel, der Staub weht weg und sorgt für radioaktive Verseuchung und entsprechende Gesundheitsschäden rund um die Abbaugebiete. Die beim Auswaschen des Urans benötigten Wassermengen fehlen an anderer Stelle als Trinkwasser. In anderen Ländern wie z.B. Kasachstan wird zum Fördern des Urans eine Fracking-ähnliche Methode verwandt, bei der das Uran gelöst in Schwefelsäure aus den Gesteinsschichten herausgepresst wird. Umweltzerstörungen überall auf der Welt dienen also dazu, dass SICH reiche Länder auf Kosten der anderen mit Energie versorgen.

Konversionsanlage in Narbonne

Das Ziel der Transporte ist die Anlage von AREVA in Narbonne Malvési in Südfrankreich. Dort wird das Uran in Urantetrafluorid konvertiert, nach Pierrelatte verfrachtet und dort in Uranhexafluorid umgewandelt. Bei der Verarbeitung und Umwandlung des Urans entstehen große Mengen flüssiger und halb flüssiger giftiger schwach strahlender Abfall, der nun seit über 60 Jahren kontinuierlich in sich über ca. 30 Hektar erstreckenden großen Abklingbecken geleitet wird. 2004 brach bereits ein Damm der Becken und radioaktiver Schlamm lief aus. Auch diese Anlage ist also alles andere als sicher.

Nach der Konvertierung wird das Uranhexafluorid zum Beispiel in der Urananreicherungsanlage in Gronau (Westfalen) angereichert und wieder exportiert oder in Lingen (Emsland) zu Brennelementen verarbeitet. Beide dieser Anlagen haben eine unbefristete Betriebsgenehmigung und eine Stilllegung ist nicht in Sicht - auch hier kein Atomausstieg! Weltweit werden Atomkraftwerke damit betrieben, es werden sogar neue gebaut und geplant.



Strecke und Fahrpläne

Seit einiger Zeit beobachten Atomkraftgegner*innen die Urantransporte, daher gibt es bereits einige Anhaltspunkte für Routen und Fahrtzeiten: Aus Namibia befördern verschiedene Schiffe der Reederei MACS das Uran von Walvis Bay aus, Aus Russland fahren die Reedereien ASPOL und NSC einen halben Tag vor Ankunft in Hamburg durch den Nord-Ostsee-Kanal. In Hamburg werden die Container von der Firma C. Steinweg am Südwest-Terminal entladen. Am darauf folgenden Montag oder Donnerstag Nachmittag werden die Container dann auf Fahrgestelle gepackt und am Nachmittag in den Güterbahnhof Hamburg-Süd gefahren und mit anderen Waggons zusammen gekoppelt. Von dort geht es gegen 18 Uhr weiter zum größten Güterbahnhof Europas in Maschen. Nach Umkoppelung geht es in der Nacht von Montag auf Dienstag (bzw. Donnerstag auf Freitag) weiter Richtung Süden über Buchholz, an Bremen vorbei über Osnabrück und Münster. Zwischen Münster und Köln steht er eine Weile irgendwo, zum Beispiel in Hagen oder Hamm und erreicht erst am späten Nachmittag Köln. Von Köln fährt er am Mittwoch (bzw. Samstag) gegen 6 Uhr morgens los, oft schon mit französischer Lok und weiter über Koblenz (ca. 1 Stunde später) und Trier (ca. 8.30-10 Uhr) zum Güterbahnhof Woippy (Frankreich). Selten, zum Beispiel bei Streckensperrungen durch Erdbeben ist der Zug auch schon über Mannheim gefahren. In Woippy wird mal wieder umgekoppelt und es geht dann zu unterschiedlichen Zeiten weiter, noch zwei Tage durch Frankreich, bevor der Zug am Freitag (bzw. Montag) um ca. 8 Uhr die Anlage in Narbonne erreicht.

Atomausstieg selber machen heißt aktiv werden

Wir wollen nun mit möglichst vielen Anti-Atom-Gruppen und Aktiven versuchen, mal einen Transport gemeinsam anzugehen und jeweils bei Durchfahrt des Schiffes/Zuges in verschiedenen Orten etwas zu machen. Das kann ein Transparent an einer Brücke sein, eine kleine oder große Mahnwache, Flugblätter verteilen im Bahnhof, eine Streckeninspektion entlang der Gleise, eine gemeinsame Zugbeobachtung mit Journalist*innen oder vieles anderes. Passt auf und sorgt für eure Sicherheit.

Als Termin haben wir uns den ersten Transport ab dem 12. September ausgesucht. Stichtag ist die Ankunft des Schiffes in Hamburg. Sobald bekannt ist, ob Uran entladen wurde, wird der Urantransport-Alarm ausgelöst - per Mail und Telefonkette je nach Bedarf.

Wollt ihr den Aufruf unterstützen? Dann meldet euch per Mail bei aufruf@atomtransporte-hamburg-stoppen.de. Dort könnt ihr auch eure geplanten Aktionen ankündigen, wenn ihr wollt. Wir veröffentlichen sie dann auf der Seite www.urantransport.de/aktionstage.html

Fracking

BBU mit einem Experten auf der Anhörung des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages zum geplanten Pro-Fracking-Recht der Bundesregierung vertreten

Mit dem Diplom-Physiker Oliver Kalusch stellt der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) einen von sechs Experten bei der Anhörung des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages zum Thema Fracking. Die öffentliche Anhörung findet am Montag, den 8. Juni 2015, von 13.00 – 16.00 Uhr im Sitzungssaal E 700 des Paul-Löbe-Hauses in Berlin statt. Bereits im Vorfeld hatte der BBU-Vertreter eine 10-seitige schriftliche Stellungnahme abgegeben, in der er die Unbeherrschbarkeit der Fracking-Methode belegt,

das vorliegende Gesetz der Bundesregierung zur Etablierung von Fracking in Deutschland ablehnt und ein ausnahmsloses Fracking-Verbot fordert.

Oliver Kalusch erklärt hierzu: „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung führt in die völlig falsche Richtung. Fracking ist aufgrund der unkontrollierbaren Grundwassergefahren und der Entstehung von Erdbeben unbeherrschbar. Doch auf 75% der Landesfläche soll Fracking zukünftig möglich sein. Dies gilt unabhängig davon, ob zur Gewinnung von Metallen, Öl oder Tight-Gas gefrackt werden soll. Schiefergas soll unterhalb von 3.000 m mit der Fracking-Technik gewonnen werden. Dies gilt auch oberhalb dieser Grenze für Bohrungen, die als Forschungsvorhaben deklariert werden. Und zu kommerziellen Zwecken kann oberhalb der 3000 m-Grenze gefrackt werden, wenn dies eine sechsköpfige Fracking-Kommission mehrheitlich befürwortet. Zudem soll diese Kommission mehrheitlich mit frackingfreundlichen Institutionen besetzt werden, Vertreter der Zivilgesellschaft werden bewusst nicht berufen.

Die Fracking-Kommission besitzt zwar keine rechtsstaatliche Legitimation, ihren Entscheidungen soll aber eine präjudizierende Wirkung zukommen. Damit soll Fracking in Deutschland einschränkungslos durchgesetzt werden.“

Weiter erläutert Oliver Kalusch: „Es ist wichtig, den Abgeordneten zu erläutern, dass gerade kein Fracking-Verbotsgesetz, sondern ein uneingeschränktes Pro-Fracking-Recht eingeführt werden soll. Das ist das Gegenteil dessen, was Umweltministerin Hendricks und Wirtschaftsminister Gabriel dem Parlament und der Öffentlichkeit immer wieder versprochen haben. Die Parlamentarier sollten die Bundesregierung beim Wort nehmen und fordern, dass ein neuer § 49a in das Bundesberggesetz aufgenommen wird, gemäß dem die Gewinnung von Bodenschätzen durch das Aufbrechen von Gestein verboten wird.“

Die Stellungnahme ist abrufbar auf der Seite des Unterausschusses des Deutschen Bundestages unter

http://www.bundestag.de/blob/377310/e74727c29b89678753fd454596e3f114/18-16-224-g_anhoerung_fracking_stellungnahme_bbu-data.pdf

Die Stellungnahme kann auch beim BBU unter BBU-Bonn@t-online.de <<mailto:BBU-Bonn@t-online.de>> als Datei angefordert werden.

BBU-Pressemitteilung vom 08.06.2015

Großer Erfolg für die Anti-Fracking-Bewegung – Regierungskoalition scheitert vorerst mit Plänen zur Behandlung des Pro-Fracking-Rechts im Bundestag

Als großen Erfolg für die Anti-Fracking-Bewegung hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) das vorläufige Scheitern der Verhandlungen der Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD über die Einführung des geplanten Pro-Fracking-Rechts bezeichnet. Damit entfällt die Behandlung des Gesetzes in dieser Woche im Bundestag. Im Vorfeld hatten Umweltverbände und Bürgerinitiativen immer wieder ihre ablehnende Haltung gegenüber den Plänen zur Ermöglichung des Frackings deutlich gemacht. Der BBU fordert die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD jetzt auf, das Gesetzespaket endgültig fallen zu lassen. Stattdessen muss Fracking bundesweit ausnahmslos verboten werden.



Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Die Aktionen und seriösen, detaillierten Informationen der Anti-Fracking-Bewegung der letzten Monate haben Wirkung gezeigt. Eine Mehrheit von 60% der Bevölkerung und viele Bundestagsabgeordnete bis in die Reihen der Fraktionen von CDU/CSU und SPD hinein lehnen Fracking ab. Das Scheitern der Verhandlungen innerhalb der Regierungskoalition ist auch ein Beleg dafür, dass viele Abgeordnete zu der Auffassung gekommen sind, dass das geplante Pro-Fracking-Recht eine Gefahr für Mensch und Umwelt ist.“

Weiter fordert Oliver Kalusch: „Jetzt müssen die Koalitionsfraktionen die Konsequenzen daraus ziehen. Es kann nicht um die Frage gehen, ob Fracking im Schiefergestein nur mit einem Bundestagsbeschluss freigegeben ist, aber ansonsten auf 75% der Landesfläche in jeder Tiefe und jeder Gesteinsart problemlos möglich ist. Erforderlich ist vielmehr ein gesetzliches, ausnahmsloses und zeitlich unbeschränktes Fracking-Verbot. Konkrete Formulierungsvorschläge hierfür liegen den Politikern vor und könnten kurzfristig in geltendes Recht umgesetzt werden. Das Thema Fracking muss endgültig vom Tisch.“

Weitere Informationen des BBU zum Thema Fracking unter www.bbu-online.de

BBU-Pressemitteilung vom 30.06.2015

Naturschutz

Liebe Mitglieder und Interessenten des

Bündnis Heideterrasse e.V. ,

wir laden Euch zu unserem nächsten Plenum am Sonntag, dem 05. Juli 2015 ein. Treffpunkt: 18:30 Uhr am Turmhof in Rösrath-Brand. Hier findet ihr eine Anfahrtsbeschreibung:

<http://www.turmhof.net/oeffnungszeiten-anfahrt-turmhof-roesrath.php>

Auf folgende Veranstaltungen möchten wir gerne aufmerksam machen:

- Freitag, 03.07.2015 um 10 Uhr: Naturschutz Aktiv - Aktiv Mitarbeiten in der Dellbrücker Heide
- Donnerstag, 16.07.2015 um 17 Uhr: Dellbrücker Heidespaziergang - Sommer in der Heide
- Samstag, 18.07.2015 um 14 Uhr: Rösrather Heidespaziergang - der Turmhofspaziergang

Weitere Veranstaltungen sind wie immer hier zu finden: www.heideterrasse.net/veranstaltungen.php

Wir freuen uns auf Euch!

Bündnis Heideterrasse e.V.

Verkehrspolitik

Sommer-Newsletter von UMKEHR e.V. und FUSS e.V

Rechtzeitig zur Sommer-, Urlaubs- und Reisezeit ist Ende Juni der neue Newsletter von UMKEHR e.V. und FUSS e.V. erschienen. In ihm geht es diesmal u. a. um Mehrheiten im Verkehr, um optimale Bahnpreise für Bahn und KundInnen sowie um die Frage „Wo geht das Fahren?“

Wer diesen verkehrspolitischen Newsletter persönlich beziehen möchte, kann ihn einfach mittels E-Mail mit dem Betreff "Mail-Rundbrief" an info@umkehr.de oder info@fuss-ev.de bestellen.

Hier einige Auszüge aus dem neuen Newsletter:

+++ 1. Die Mehrheit geht! +++

Fußgänger sind gerade in den Innenstädten keine Minderheit, sondern bilden dort oft die relative Mehrheit. Nun ist es das erste Mal „offiziell“: 2013 legten Berlins Einwohner/innen mehr Wege zu Fuß als mit dem Auto (Fahrer und Mitfahrer) zurück. Mit einem Anteil von 31 Prozent steht der Fußverkehr damit in der Bundeshauptstadt an der Spitze, gefolgt vom motorisierten Individualverkehr MIV mit 29,6, dem ÖPNV mit 27 und dem Radverkehr mit 13 Prozent.

+++ 2. Wer ist zuständig bei unzulänglichen Zuständen? +++

Für Bürgerinnen und Bürger ist es nicht immer einfach, heraus zu bekommen, an wen man sich z.B. mit Vorschlägen für die Verbesserung der Verkehrssicherheit oder mit Beschwerden über unzulängliche Zustände wenden kann. Deshalb hat der FUSS e.V. sachkundige Hinweise in einer neuen Rubrik zusammen gefasst: http://www.geh-recht.de/zustaendigkeiten-fussverkehrsanlagen?pk_campaign=NL-Juni-2015

+++ 3. Wo geht das Rad fahren? Wie? Wann? Warum? +++

Radfahrer und Radfahrerinnen fahren häufig – mehr oder weniger rücksichtsvoll – durch Fußverkehrsbereiche und Fußgängerzonen. Das ist aus ihrer Sicht erklärlich, während Fußgänger/innen häufig die Einsicht in die Notwendigkeit fehlt.

FUSS e.V. sucht gelungene und misslungene Beispiele von Fußgängerzonen im In- und Ausland: Wo vertragen sich Radelnde und Gehende, entweder weil die Verkehrsplanung oder die Öffentlichkeits-Kampagne gut war? Wir suchen Hinweise und Material aller Art: Fotos, Texte und Links. Bitte an unsere Mail-Adresse info@fuss-ev.de

+++ 6. Nachtzüge retten/ Nachtzugnetz ausbauen! +++

Züge stellen das beste und umweltfreundlichste Verkehrsmittel für europaweite Reisen dar. Trotzdem überrollt eine Welle von Fernzug-Streichungen unseren Kontinent. Vor uns liegt ein wichtiger Klimagipfel am Jahresende 2015, und jetzt ist es "höchste Eisenbahn", wieder in die Spur zu finden: »back on track«!

Zur Petition geht es hier:

<http://www.petitionen24.com/keinweitererabbau-erweitertdasnetzeuropaischerfernzuge>

+++ 7. Praktikant/in ab Oktober für Fußgänger/Radfahrer-Projekt gesucht +++

Ihr Studium ist Ihnen zu theorielastig? Sie haben noch keinen Praktikumsplatz? Sie wollen endlich die Praxis kennenlernen? Dann haben wir etwas für Sie: Ab Oktober können Sie an den Projekten „Radverkehr in Fußgängerzonen“ und „Fahrradabstellanlagen in Fußgängerbereichen“ mitarbeiten.

Hier geht es zum Ausschreibungstext:

http://www.fuss-ev.de/component/content/article/31-aktiv-werden/aktiv-werden/209-praktikant-aktuell.html?pk_campaign=NL-Juni-2015-praktikum

Weitere Informationen unter <http://www.fuss-ev.de> und unter <http://www.umkehr.de>.

3. Termine

25.07. – 08.08., Tour de Natur, von Braunschweig zum Klimacamp in der Lausitz,

<http://www.tourdenatur.net>

14.08. – 16.08., Aktionstage gegen Braunkohleabbau, <https://ende-gelände.org/de>

Weitere Termine unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

4. Nachruf

Ruth Kroihner (BI "Pro Lebensraum Großenlüder") ist gestorben

Im Alter von 67 Jahren ist am 12. Juni 2015 Ruth Kroihner gestorben. Uns bleibt die Erinnerung an das Wirken von Ruth Kroihner im Vorstand der BBU-Bürgerinitiative "Pro Lebensraum Großenlüder". Ihr Engagement für die Umwelt wird in Erinnerung bleiben. Unser Mitgefühl gilt besonders allen Familienangehörigen.

<http://trauerportal-rhoen.de/traueranzeigen/ruth-kroihner>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 05 / 2015, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 06.07.2015. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.